

V0787/23

Ergebnis des Prozesses zur stetigen Fortschreibung und Bearbeitung der Digitalisierungsstrategie der Stadt Ingolstadt
(Referenten: Herr Prof. Dr. Rosenfeld, Herr Kuch)

Antrag:

1. Der Stadtrat nimmt das vorliegende Handlungskonzept zur Fortschreibung und Bearbeitung der Digitalisierungsstrategie sowie den Gesamtpersonalbedarf für die Pilotphase zustimmend zur Kenntnis.
2. Das Referat I wird mit der Durchführung des Pilotprojekts im Zeitraum 2024 – 2026 beauftragt.
3. Der Besetzung der Pilotstellen im zentralen Bereich wird für das Jahr 2024 mit jährlicher Fortschreibung für die Laufzeit des Pilotprojekts inkl. anschließender Evaluierung zugestimmt.
4. Die notwendigen Stellenbedarfe im dezentralen Bereich („Digitalisierungs- und Prozessbeauftragte in den Ämtern bzw. Referaten“) sollen durch Stellenumschichtungen im Rahmen des Konsolidierungsprozesses gedeckt werden.
5. Die Stadtverwaltung wird verpflichtet, vorbehaltlich der Bereitstellung notwendiger Mittel eine Datenplattform aufzubauen und zu befüllen. Die Konzeption und Koordination übernimmt das Referat VIII.

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	10.10.2023	Vorberatung
Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht	12.10.2023	Vorberatung
Stadtrat	17.10.2023	Entscheidung

Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit vom 10.10.2023

Bei der Digitalisierungsstrategie, die er prinzipiell sehr begrüßt, sei der Punkt 3 mit der Besetzung der Pilotstellen aus seiner Sicht relativ unproblematisch, so Stadtrat Schäuble. Der Punkt 4 zum Thema „notwendige Stellenbedarfe“ sei in der Anlage mit 23 VZÄ's festgestellt und aufgeschlüsselt. Der Bedarf, der mittels Stellenumschichtungen gedeckt werden solle, sei ganz erheblich. Aber Stadtrat Schäuble glaubt, dass man angesichts der dramatischen Haushaltslage über die Möglichkeit der Stellenumschichtungen diskutieren müsse. Ihn interessiert, wie das Vorgehen dazu genau aussehe.

Herr Kuch erklärt, dass er sich mit dem Vortrag in der heutigen Sitzung bisher zurückgehalten habe, da beim Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht die Firma KPMG anwesend sein wird, um ihren Abschlussbericht vorzustellen. Außerdem würden sie dann noch auf die Stellennotwendigkeiten eingehen. Im Folgenden geht Herr Kuch auf die Frage seines Vorredners ein. Zum einen sei klar, dass es nicht möglich sein werde, all diese Stellenbedarfe über Stellenumschichtungen zu decken. Deswegen habe man auch zwischen den Stellen, die in zentralen Bereichen, wie z. B. dem Referat I notwendig seien, unterschieden. Dort bekomme man dies nicht über Stellenumschichtungen hin, weil man größtenteils die Kompetenzanforderungen gerade im erforderlichen fachlichen Bereich, nicht habe. Das bedeute, dass man diese mit einem ähnlichen Ansatz aufbauen und auf Sicht

fahren werde. Es sei ein Gesamtstellenportfolio, was man bis 2027 aufbauen müsse. Jedoch beginne man 2024 zuerst mit den Pilotstellen, um das Projekt überhaupt starten zu können. Dann wolle man im zentralen Bereich die Fortschreibung der tatsächlichen Entwicklung, welche Stellen man überhaupt über den Markt besetzen und wie viele Projekte man umsetzen konnte, Jahr für Jahr zur Genehmigung entsprechend einbringen. Die dezentralen Stellen, die es in den Fachämtern und Fachreferaten brauche, könnten eher über Umschichtungen und Projekte gesteuert werden, da die Fachkompetenz dort bereits durch IT-Ansprechpartner oder Prozessverantwortliche gegeben sei. Da liege der Schwerpunkt darauf, die Personen von sonstigen Aufgaben im Tagesgeschäft zu entlasten und dies wiederum über Konsolidierungsmaßnahmen auszugleichen. Für 2024 seien für diese dezentralen Prozessverantwortlichen zwei Stellen vorgesehen. In den Folgejahren 2025 bis 2027 seien es nochmal fünf weitere Stellen. Dies halte man nach heutiger Betrachtung für realistisch, wenn man die Konsolidierungsprozesse betrachte, die nur über Aufgabenkürzungen gehen werden.

Der Tenor des ursprünglichen Antrags der FDP und der Jungen Union sei gewesen, Digitalisierungslotsen in den Fachbereichen zu etablieren, erklärt Herr Prof. Dr. Rosenfeld. Dies sei ein ganz wichtiger Punkt, den man hier versucht habe, abzubilden. Es müsse durch interne Reorganisation Kapazität in den Fachbereichen geschaffen werden, damit man sich dieser wichtigen Aufgabe widmen könne. In einigen Bereichen gebe es bereits hierfür qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt Freiraum bekommen müssten. Wie Herr Kuch erwähnt hatte, gebe es andererseits auch Bedarf an zusätzlicher Kapazität. Die müsse man jedoch durch eine entsprechende Umschichtung schaffen. So sei die Überlegung. Das Grundprinzip, dass man zentrale Unterstützung braucht, aber vor allen Dingen auch eine dezentrale Ausrichtung, sei hier widergespiegelt. Das Ganze solle verantwortlich im Stellenplan umgesetzt werden.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.